

Vorwort

Die Parteienlandschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Bis Ende der 70er Jahre hatten wir es in unserem Land mit einem 3-Parteien-System zu tun. Dies ermöglichte, abhängig von den jeweiligen Wahlergebnissen, immer eine klare Regierungsmehrheit. Inzwischen bestimmen 5 fest integrierte Parteien das Bild unseres Landes. Das bewegt Politiker, verstärkt taktischen Spielchen zu folgen, großartige Versprechen abzugeben, um ihre Partei vor Wahlen positiv darzustellen. Dabei verlieren sie oft die Finanzierbarkeit ihrer versprochenen Wohltaten aus den Augen. Schon immer bewegten sich die Staatsausgaben leicht über den Einnahmen. Die Bereitschaft, in guten Zeiten Rücklagen zu bilden bzw. bestehende Schulden abzubauen, hat es nie gegeben. Gravierende Ausgabenfehler bei der Wiedervereinigung, vor allem der unsinnige, in dieser Phase nicht finanzierbare Umzug der Bundesregierung nach Berlin, brachten einen Schub an Steuer- und Gebührenerhöhungen. Die Staatshaushalte, besonders der des Bundes, näherten sich einer besorgniserregenden Schieflage. Das Versagen der Politik bei der Verhinderung der jetzigen Bankenkrise, wobei die Politik selbst völlig undurchschaubare Finanzierungswege suchte (siehe Nürburgring, Bodenseewasserwerke und ähnliches) haben die staatlichen Haushalte in eine mit normalen Vorgehensweisen nicht mehr korrigierbare Verschuldung gebracht. Die fast krankhaften Eingriffe der Parteien in alle Bereiche des Landes auf der Suche nach Wachstum bringt Bürger und Betriebe an den Rand der finanziellen Belastungsgrenze. Im Volksmund gibt es inzwischen den geflügelten Spruch: Nur wer nichts mehr hat, ist frei von Sorgen.

Das von den Regierungsparteien aufgelegte Bankenrettungspaket und die anschließend notwendige Ankurbelung der Wirtschaft durch Steuergelder ist zwar in Ansätzen richtig, wird aber in der Zukunft die Finanzprobleme verstärken, kann nur eine einmalige, kurzfristige Hilfe sein. An ausgeglichene Haushalte, geschweige denn an Schuldentrückzahlung, ist bei den jetzigen Machtverhältnissen nicht zu denken.

Eigentlich wäre die **DLW** als neue Partei überflüssig. Leider haben die jetzigen gewählten Parteien aus wahltaktischen Gründen den finanziellen Rahmen ihrer Vorhaben total aus den Augen verloren. Wir gehen davon aus, dass trotz Eintrag ins Grundgesetz die beschlossene Schuldenbremse nicht eingehalten wird. Keine der bei Bund und Ländern vertretenen Parteien ist bereit, die notwendigen Abschlüsse in ihren Programmen vorzunehmen, um wirklich ausgeglichene Haushalte zu erreichen. Die Vorgaben bieten genügend Möglichkeiten, auch weiterhin Schulden zu machen. Mit Wunderglauben an die Zukunft werden keine ausgeglichenen Haushalte, geschweige denn eine wirkliche Schuldentrückführung möglich.

Eine Kehrtwende ist nicht zu erwarten. Deshalb brauchen wir die DLW.

Die Ziele der DLW haben wir klar abgesteckt. Wir werden uns bemühen, in erster Linie folgende Problemfelder zu bearbeiten:

1. Entschuldung des Staates.
2. Reduzierung des Verwaltungsaufwandes (Unsere klare Zielvorstellung: 20 % weniger Verwaltungsarbeit. Einsparungen im Gesundheitswesen, besonders im Verwaltungsbereich.
3. Reform der Sozialsysteme, grundlegende Änderung der Zeit der Arbeitslosigkeit.... Usw.
4. Persönliche Verantwortlichkeit in Politik und Wirtschaft

Wir sind uns bewusst, dass die **DLW keine Wohlfühlpartei** wird, **keine Klientelarbeit** betreiben darf. Jede unserer Vorstellungen ist im Grundprinzip ein Rückschritt, eine Zumutung für die Betroffenen und wird Angriffen von allen Seiten ausgesetzt sein. Gerade deshalb ist es notwendig, die Entschuldung der staatlichen Haushalte und die erforderlichen Reformen für unser Land über eine neue Partei, die **DLW**, anzugehen.

Unser erstes Ziel – Entschuldung des Staates – steht unter folgender Prämisse:

Wenn möglich, Verzicht auf weitere Steuererhöhungen, aber mehr Steuergerechtigkeit. Weniger Ausnahmen von Steuerzahlungen. Hauptaugenmerk auf Ausgabenreduzierungen. Reform der Sozialsysteme – in den Vorgaben und im Ausgabenbereich. Erhalt von soviel wie möglich unserer sehr guten Sozialsysteme als **Solidarsystem**.

Einführung

Bevor Sie in unser Parteiprogramm einsteigen, sollten wir uns erst einmal in Kurzform der Frage widmen: Welche Lösungsmöglichkeiten zur Entschuldung des Staates gibt es?

1. Die Entschuldung über Ausgabenbeschränkungen und Steuererhöhungen

Der derzeitige Schuldenstand allein des Bundes beträgt über 1 Billion Euro. Genaue Zahlen lassen sich zur Zeit nicht feststellen, da die Risiken der Bankbürgschaften noch nicht absehbar sind.

(Auch die Risiken, die durch die Überschuldung Griechenlands und anderer Euro-Länder entstehen, werden Auswirkungen auf unsere weitere Staatsverschuldung haben.)

Zu den Schulden aus den staatlichen Haushalten und den sogenannten Schattenhaushalten werden noch privat finanzierte Staatsaufgaben hinzukommen, soweit diese in einem bestimmten Zeitrahmen wieder über Steuergelder zurück gekauft werden müssen.

Die oben genannte Art der Schuldenrückführung würde sich über mehrere Generationen erstrecken und in diesem Zeitrahmen keine Haushaltsüberschreitungen zulassen. Für uns kein gangbarer Weg.

2. Ignorieren der Staatsschulden, Aufnahme weiterer Kredite, warten auf inflationäre Tendenzen, die die Schulden zurückführen

Für uns ein sehr gefährlicher Weg mit unkalkulierbaren Risiken. Spätestens dann, wenn klar wird, dass der Staat nicht mehr in der Lage ist, seine Schuldverpflichtungen wahrzunehmen, wird die Kreditaufnahme nur über völlig überzogene Zinszahlungen zu bewerkstelligen sein. Die dann notwendigen Steuererhöhungen werden den Staat und die Wirtschaft lähmen. Letztendlich wird das zwangsläufig zur Währungsreform führen.

3. Gemeinsames Vorgehen im EURO-Verbund, Löschung der Schulden mit einer Unterschrift (Währungsreform)

Diese Vorgehensweise ist zurzeit bei den Bürgern als die wahrscheinlichste Lösung verankert. Realistisch gesehen aber ist sie nur ein Traum. Die gemeinsame Entschuldung aller EURO-Länder auf diese Art und Weise würde einen völligen Vertrauensbruch in die Geldwertstabilität des EURO bedeuten. Guthaben, Rentenwerte würden zum großen Teil vernichtet, die Wirtschaft würde einknicken.

Eine nicht zu akzeptierende Vorgehensweise, ein Null-Anfang.

4. Langsamer Geldzufluss zur Schuldentilgung durch die Bundesbank über einen längeren Zeitraum bei ausgeglichenen Haushalten - ohne einen Gegenwert über Einnahmen

Eine Vorgehensweise, die durchaus eine vernünftige Richtung anzeigt, aber so nicht durchführbar ist.

5. Unser Lösungsansatz:

Alle Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden (einschließlich Bürgschaftsrisiken für Banken, Schattenhaushalte usw.) (außerhalb der Gebührenhaushalte) werden in einen Sonderhaushalt überstellt. Diesem Sonderhaushalt werden **Erbschaftsteuereinnahmen** und **Bundesbankgewinne** als **Rückzahlungsbeträge** zugewiesen.

Natürlich sind diese Beträge nicht ausreichend, um die Schulden wirkungsvoll und in einem angemessenen Zeitrahmen zurückzuführen. Deshalb werden die Einnahmen aus diesen Steuern als Bewertungsmaßstab herangezogen und mit 4 multipliziert. Konkret heißt das: Angenommen, die beiden Einnahmequellen Erbschaftssteuer und Bundesbankgewinne erbringen einen Erlös von 10 Milliarden EURO. Dann wird das 4-fache dieser Einnahmen ohne Gegenwert „gedruckt“ und den Einnahmen zugerechnet.

An Schuldentilgung würden also in diesem Jahr erfolgen:

Einnahmen aus Erbschaftssteuer und Bundesbankgewinnen:	10 Milliarden Euro
Vervierfachung durch „Gelddrucken“	<u>40 Milliarden Euro</u>
Schuldenrückführung im Haushaltsjahr	50 Milliarden Euro

Es wird nicht leicht, innerhalb der EU die Zustimmung zu einer solchen Art der Schuldentilgung zu erlangen. Auch müssen sehr rigide Vorgaben eingehalten werden, um das Vertrauen in die Währung nicht zu erschüttern.

Was hier alles zu beachten ist, welche Wege beschritten werden müssen, um überhaupt eine solche Vorgehensweise möglich zu machen, das werden wir in unserem nachfolgenden Programm erläutern.

Parteiprogramm der DLW

Voraussetzungen zur Entschuldung des Staates

In unserem Vorwort haben wir bereits die Grundrichtung zur Entschuldung unseres Staates angegeben. Natürlich hört sich diese Art der Entschuldung auf den ersten Blick wie ein Phantasieprodukt an und wird sich zunächst einmal innerhalb der Euro-Länder nicht durchsetzen lassen. Wir müssen also sehr rigide Maßnahmen ergreifen, um Vertrauen in diese Art der Schuldentrückführung zu erreichen. Zusätzlich wird ein Druckmittel notwendig, eine Volksabstimmung erforderlich, um überhaupt die Chance zu bekommen, unsere Vorstellung von Schuldentrückzahlung in Angriff zu nehmen.

Bevor wir ins Thema einsteigen, sollten wir uns eines bewusst machen: Die Schuldentrückzahlung von Bund, Ländern und Kommunen ist über Steuererhöhungen und Ausgabenbeschränkungen in einem überblickbaren Zeitrahmen nicht mehr möglich. Bei einer Verschuldung allein des Bundes von über 1 Billion Euro und jährlichen Einnahmen von ca. 240 Milliarden Euro entsprechen die Schulden des Bundes inzwischen mehr als den 4-fachen Jahreseinnahmen. Bedenkt man, dass der Bund allein in diesem Jahr eine Schuldensumme um die 80 Milliarden Euro anstrebt (+ 32 Milliarden für Bankenrettung und 14 Milliarden für das aufgelegte Konjunkturprogramm!?) erkennt man, welche Anstrengungen nötig sind, die Haushalte auszugleichen. Man kann auch erahnen, welche gravierenden Auswirkungen das Fehlen dieser Gelder im Wirtschaftskreislauf haben wird – das in den Anfängen der Entschuldungsphase die Arbeitslosigkeit weiter ansteigen wird. An **Schuldentrückzahlung** ist **nur** zu denken, **wenn** die **Ausgaben in allen Bereichen** gravierend **zurückgefahren werden**. Tabus darf es dabei nicht geben.

Wir müssen einen Weg finden, der es möglich macht, nicht nur ausgeglichene Haushalte zu erreichen, sondern auch mit der Schuldentrückführung zu beginnen. **Wir sollten uns nicht allein auf Inflation zur Schuldentrückzahlung verlassen**. Das wird in unserer Parteienlandschaft nicht durchzuhalten sein. Deshalb entziehen wir die Erbschaftssteuer und die Bundesbankgewinne den entsprechenden Haushalten und setzen sie zur Schuldentilgung ein. Auf den ersten Blick fehlen auch diese Gelder dem Wirtschaftskreislauf, stehen aber bei Banken und Privatgläubigern letztendlich als freiwerdende Mittel wieder zur Verfügung.

Die Einnahmen von Erbschaftssteuer und Bundesbankgewinnen werden als Bewertungsgrundlage (Höhe der Entschuldungssumme) herangezogen. Die Bundesbank steuert das 4-fache dieser Summe ohne Gegenwert zur Entschuldung bei (Diese Summe wird schlichtweg „gedruckt“). So erreichen wir einen akzeptablen Wert zur jährlichen Schuldentrückführung. Der Vorteil dieses Verfahrens liegt in der Tatsache, dass nicht willkürlich Geld gedruckt werden kann. Die Schuldentrückführung erfolgt trotz „Gelddruckens“ nach festen, **unveränderlichen Regeln** und sie wird nicht einmalig, sondern **kontinuierlich über einen längeren Zeitraum** getätigt, dabei beinhaltet sie einen **festen Anteil an wirklicher Schuldentrückzahlung**.

Wir gehen davon aus, das in 20 Jahren die Staatsschulden weitgehend getilgt sind, rechnet man neben der oben genannten Rückzahlungsart eine jährliche Inflationsrate von 2 – 3 % hinzu.

Betrachtet man die klaren Regeln für die Schuldenrückführung und bezieht die im nächsten Artikel angegebenen vertrauensbildenden Maßnahmen mit ein, kann man gewiss sein, dass trotz anfänglich sehr hoher Skepsis kaum Vertrauen in die Geldwertstabilität verloren geht. Die Inflationsgefahr ist außerhalb der normalen, schleichenden Geldentwertung nicht vorhanden.

Vertrauensbildende Maßnahmen

Zur Vertrauensbildung dienen in erster Linie folgende Maßnahmen:

1. Die Schuldzinsverpflichtungen verbleiben bei den entsprechenden Haushalten
2. Nur ausgeglichene Haushalte nehmen an der Entschuldung teil
3. Ist ein Haushalt nicht ausgeglichen, wird die in diesem Jahr mögliche Schuldenrückführung als Neuverschuldung an den entsprechenden Haushalt rückübertragen
4. Bei überzogenem Haushalt wird der Bundesrechnungshof als Kontrollorgan eingesetzt. Seine Vorgaben für Einsparungen sind bindend
5. Kreditaufnahme für größere Projekte ist nur einmal im Zeitrahmen von 5 Jahren möglich, muss zu 30 % angespart werden und darf eine Rückzahlungslaufzeit von 8 Jahren nicht überschreiten

Haftungs- und Verantwortlichkeitsmaßnahmen

1. Überschreiten die Ausgaben die Einnahmen, gibt es einen 2jährigen Einstellungs- und Lohnstopp für die entsprechende Verwaltung. Die Gehälter der Führungsriege ab Abteilungsleiter werden für 2 Jahre um 20 % gekürzt.
2. In Jahren mit unausgeglichenem Haushalt entfällt die Zahlung von Weihnachts- und Urlaubsgeld für alle in der entsprechenden Verwaltung Beschäftigten

Aufbau eines Druckmittels zur Durchführung unseres Schuldenrückführungsprogramms gegenüber der EU

Obwohl fast alle EU-Länder mit ihren Haushalten katastrophal in den Miesen liegen, werden sie die Schuldenrückführung auf die Art, wie sie unser Programm vorsieht, nicht hinnehmen. Wir müssen also ein wirkungsvolles Druckmittel aufbauen, um unser Ziel zu erreichen. Dieses Druckmittel kann nur die Androhung des Ausstiegs aus dem EURO-Verband und die Option Wiedereinführung der DM sein. Das ist natürlich nicht über einen Parteibeschluss möglich, sondern muss über einen Volksentscheid herbeigeführt werden. Die Bürger sollen in die Entschuldungsphase mit eingebunden werden, gleichzeitig die Regeln für alle Parteien durch Bürgerentscheid verpflichtend festgesetzt werden.

Unser Ziel ist natürlich der Erhalt des EURO für unser Land. Wir gehen zu 90 % davon aus, dass die anderen Euro-Länder uns den Weg freimachen, wenn wir unser Ziel unbeirrt ansteuern. Ein Restrisiko müssen wir allerdings in Kauf nehmen. Sollte unser Ziel nicht über den EURO zu erreichen sein, bleibt nur die Alternative, den beschwerlichen Weg der Wiedereinführung der DM zu betreiben.

Der schwierigste Part bei diesem Thema wird es sein, die Bürger von unserem Vorhaben zu überzeugen. Ohne deren mehrheitliche Unterstützung werden wir unser Ziel nicht erreichen.

Zeitrahmen

In den Schuldenhaushalt werden alle Schulden, die vor dem 31. Dezember 2012 entstanden sind, aufgenommen. Spätere Schuldenaufnahme ist nicht mehr übertragbar, verbleibt in dem entsprechenden Haushalt. Einzige Ausnahme bilden die aus den Bankbürgschaften entstehenden Risiken.

**(Ergänzende Ausführungen finden Sie unter:
Erbchaftssteuer und Bundesbankgewinne – Ergänzende Anmerkungen)**

